Ausgabe 6.2018

Magazin der FPÖ Steiermark

Wir Steirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

- Ein Jahr türkis-blaue Bundesregierung
- Wertekodex gegen Islamisierung
- Rechnungshof prüft Asylwesen

Leistbares Wohnen für unsere Leut'!

Bericht auf Seite 14-15

Die FPÖ Steiermark wünscht frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Jahr 2019!

FPÖ

DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!

Kurz vor den hoffentlich erholsamen Weihnachtsfeiertagen dürfen wir Sie im Rahmen des aktuellen „Wir Steirer" noch auf die wesentlichsten politischen Ereignisse in den vergangenen Wochen aufmerksam machen.

Zudem wollen wir in der vorliegenden Ausgabe auf die ambitionierte Arbeit der türkis-blauen Bundesregierung hinweisen. Immerhin wurden in den vergangenen Monaten zukunftsweisende Neuerungen in den Bereichen Mindestsicherung, Sozialversicherungswesen und der Sicherheitspolitik in die Wege geleitet.

Auf Landesebene sorgten wir mit der Einberufung einer Sonderlandtagssitzung zu den enormen Spekulationsverlusten der schwarz-roten Landesregierung für Aufklärung. Darüber hinaus werden wir mit einer Prüfung des Landesrechnungshofes die im Raum stehenden Missstände im steirischen Asylwesen schonungslos aufdecken. Abseits dieser wichtigen Kontrollaufgaben der FPÖ setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass in Zukunft wieder ausreichend leistbarer Wohnraum für die heimische Bevölkerung zur Verfügung steht.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine besinnliche Adventzeit, frohe Weihnachten sowie viel Gesundheit und Erfolg im Jahr 2019. Ich kann Ihnen versprechen, die FPÖ wird sich auch im kommenden Jahr mit vollem Elan für unsere wunderschöne Grüne Mark einsetzen.

Ihr Mario Kunasek,
FPÖ-Landesparteiobmann
Bundesminister für
Landesverteidigung

Inhalt

	Seite
Interview mit Dr. Karin Kneissl	4-5
Islamisierung in heimischen Kindergärten und Schulen im Vormarsch	6-7
Türkis-blau stoppt drohenden Migrationsstrom!	8-9
Freiheitliche lassen steirisches Asylwesen durch Landesrechnungshof prüfen	10-11
Schwarz-rote Budgetpolitik aus der Kristallkugel	12
Jede fünfte AMS-Sperre betrifft einen Migranten!	13
Leistbares Wohnen für alle Steirer	14-15
100 Jahre Republik Deutschösterreich	16
150 Jahre Steiermärkisches Landesarchiv	17
Informationstour durch die Steiermark zum Thema „Familienbonus"	18
NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem!	18-19

„Die FPÖ und ich garantieren, dass die Notstandshilfe als Versicherungsleistung bleiben wird."
FPÖ Ministerin Beate Hartinger-Klein weist rote Lügenpropaganda zurück.

Ein Jahr Bundesregierung –

Die türkis-blaue Bundesregierung mit FPÖ-Parteiobmann Bundesminister Heinz Christian Strache als Vizekanzler ist nun genau ein Jahr im Amt. Diese Bundesregierung hat im vergangenen Jahr bei weitem mehr umgesetzt, als die von der SPÖ geführten Regierungen in den letzten zehn Jahren.

Bundesregierung sorgt für maßgebliche Reformen im Sinne der Österreicher

Neben der Einführung des „Familienbonus Plus", der größten steuerlichen Entlastungsmaßnahme für heimische Familien der letzten Jahrzehnte, von dem eine Million österreichischer Familien maßgeblich profitiert, hat Türkis-Blau auch für eine Aufstockung der Polizeidienststellen und damit für die Aufrechterhaltung der Sicherheit für die österreichische Bevölkerung gesorgt. Die Stärkung des Bundesheeres und der umfassende Grenzeinsatz pflichten diesem wichtigen Ziel ebenso bei. Zudem kann durch das von Innenminister Herbert Kickl vorgelegte Fremdenrechtspaket und die konsequente Abschiebepraxis den jahrelangen Versäumnissen im Asylbereich wirksam entgegengewirkt werden.

Nicht zuletzt die unlängst in die Wege geleitete Mindestsicherungsreform belegt, dass die türkis-blaue Bundesregierung Reformen im Sinne der heimischen

FÜR EIN GERECHTES

Nach langen Verhandlungen konnte die dringend notwendige und intensiv debattierte Mindestsicherungsreform endlich auf den Weg gebracht werden. Künftig wird es möglich sein, integrations- und arbeitsunwilligen Ausländern, wobei vor allem Asylberechtigte betroffen sein werden, die Leistungen zu kürzen. So sollen diese ohne ausreichende Deutschkenntnisse nur mehr 563 und damit um 300 Euro weniger erhalten. Weiters haben Drittstaatsangehörige und EU-Bürger grundsätzlich erst nach einem fünfjährigen rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich einen Anspruch auf Sozialhilfe.

Diese Regelungen sind insbesondere vor dem Hintergrund, dass mehr als die Hälfte der vollunterstützten Mindestsicherungsbezieher in der Steiermark bereits Zuwanderer sind, dringend notwendig. Gleichzeitig sorgt die türkis-blaue Bundesregierung

IMPRESSUM **Herausgeber:** FPÖ Steiermark, Hans-Sachs-Gasse 10/4, 8010 Graz, Tel.: 03167072258, E-Mail: wirsteirer@fpoe-stmk.at
Redaktionsleitung: Mag. Stefan Hermann, MBL, wirsteirer@fpoe-stmk.at

FLOP: Die schwarz-rote Landesregierung verspekulierte 84 Millionen Euro Steuergeld und verheimlichte diesen Skandal über Jahre hinweg.

TOP: Die Bundesregierung bekennt sich dazu, dass Asylanten und Zuwanderer aus aller Herren Länder nicht mehr den vollen Anspruch auf die Mindestsicherung haben sollen.

Ein neuer Stil für Österreich!

Die blauen Regierungsmitglieder (v.l.n.r.): Herbert Kickl, Mario Kunasek, Dr. Karin Kneissl, Heinz-Christian Strache, Mag. Beate Hartinger Klein, Ing. Norbert Hofer und MMag. DDr. Hubert Fuchs.

Bevölkerung umsetzt. Die Österreicher stehen stets im Mittelpunkt der Regierungsarbeit.

Ende der Stillstandspolitik und erstmaliges Null-Defizit unter Türkis-Blau

Dass etwas passiert und die von der SPÖ verursachte Stillstandspolitik der vergangenen Jahre ein Ende hat, zeigt sich deutlich auch am neuen Budget: Erstmals seit dem EU-Beitritt wird im Jahr 2019 ein Nulldefizit erreicht. Dieses belegt den richtig eingeschlagenen Kurs der Bundesregierung weg von der Schuldenpolitik. Der türkis-blaue Erfolgsweg begründet sich unter anderem in der verantwortungsbewussten Zusammenarbeit und den ausbleibenden Streitereien, wie es in den letzten Jahrzehnten unter Rot-Schwarz gang und gebe war. Die verantwortungsvolle Regierungsarbeit auf Bundesebene ist jedenfalls Zeichen eines neuen Stils für Österreich!

SOZIALSYSTEM!

jedoch dafür, dass niemand durch das soziale Netz fällt – auch wenn die Sozialisten alles daran setzen, für Verunsicherung zu sorgen. So ist beispielsweise vorgesehen, dass Menschen mit Behinderung sowie Alleinerzieher Bonuszahlungen bekommen und damit Härten ganz im Sinne der sozialen Heimatpartei FPÖ abgefedert werden. Auch im Bereich des Vermögenszugriffs setzt die Koalition auf Bundesebene der sozialistischen Enteignungspolitik ein Ende. In Zukunft ist eigenes Vermögen nur mehr bis auf 5.200 Euro zu verbrauchen. Bei einem Bezug der Mindestsicherung wird zudem nicht mehr bereits nach sechs Monaten, sondern erst nach drei Jahren ein Eintrag ins Grundbuch erfolgen.

Die FPÖ und die zuständige Ministerin Beate Hartinger-Klein haben mit diesem Reformschritt bewiesen, dass für die Freiheitlichen die soziale Sicherheit der heimischen Bevölkerung im Fokus steht.

Interview mit Mario Kunasek

(FPÖ-Landesparteiobmann und Bundesminister für Landesverteidigung)

„Eine Politik mit mehr rot-weiß-rot!“

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Bundesminister, was hat sich seit der Konstituierung der türkis-blauen Bundesregierung in der österreichischen Politik verändert?

Kunasek: *Der neue Stil der Bundesregierung bedeutet, keine Energie und Zeit für Streitereien innerhalb der Regierung zu vergeuden, sondern mit konstruktiver Arbeit die Österreicher in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Eine Politik mit mehr rot-weiß-rot! Typisch für diese Politik ist unser klares Nein zum UN-Migrationspakt. Österreichs Souveränität ist nicht verhandelbar – wir bestimmen selbst, wer zu uns kommen kann. Eine Position, der sich auch andere europäische Staaten schon angeschlossen haben.*

Wir Steirer: Abseits der Migrationspolitik, was sind für Sie die großen Erfolge dieser Bundesregierung?

Kunasek: *Es macht mich stolz, dass wir als FPÖ in der Regierungsverantwortung der kräftige Motor für positive Veränderungen in unserer Heimat sind. Mit unserer Regierungsbeteiligung sorgen wir für ein gerechteres Österreich. Der Familienbonus wird eine spürbare Entlastung der Familien bringen, dazu das kräftige Plus bei den „kleinen“ Pensionen, die Senkung der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitszeitflexibilisierung, die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger und jetzt die Mindestsicherung Neu – mit der FPÖ in der Regierung geht was weiter. Das sehe ich als einen Riesenerfolg!*

Wir Steirer: Was sind die wichtigsten Ziele für das in Ihrer Verantwortung liegende Verteidigungsressort?

Kunasek: *Beim Bundesheer haben wir eine echte Trendumkehr geschafft, weg von den substanzschädigenden Sparbudgets meiner Vorgänger. Das Bundesheer rüstet sich für die Sicherheit Österreichs – Stichwort Katastrophenschutzpaket und Hubschrauberbeschaffung. Wie wichtig diese Beschaffung für die Sicherheit der Österreicher ist, zeigten heuer im Sommer die Einsätze des Bundesheeres bei den Unwetterkatastrophen in Kärnten, Osttirol aber auch in der Steiermark. Aber Sicherheit kostet: Darum ist für mich eines der wichtigsten Ziele, ein höheres Regelbudget für das Österreichische Bundesheer ab 2020 sicherzustellen. Das werden harte Verhandlungen mit dem Finanzminister werden.*

Produktion und Konzeption: Promedia, 8010 Graz, Waltendorfer Hauptstraße 109c
Layout und Grafik: Christian Wallner, 8020 Graz, Oeverseegasse 10
Druck & Vertrieb: redmail Logistik & Zustellservice, 8010 Graz

Interview mit Dr. Karin Knei

Die anerkannte Nahost-Expertin Dr. Karin Kneissl ist seit 2017 Außenministerin.

Wir Steirer: Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Wie erlebten Sie das erste Jahr der Amtsübernahme?

Kneissl: *Das erste Jahr im Amt war sehr intensiv. Mit meinen Besuchen in für uns wichtigen Ländern konnte ich bereits erste Akzente setzen. Es geht mir um eine Außenpolitik, die von österreichischen Interessen geleitet ist. Von Bratislava, Budapest, Rom über Moskau, Peking, New York bis nach Istanbul, Amman oder Rabat – immer ist es mir ein Anliegen, im persönlichen Gespräch mit meinen Amtskollegen Vertrauen aufzubauen und für österreichische Positionen Verständnis zu schaffen. Dazu kommen natürlich noch die Erfordernisse des österreichischen EU-Vorsitzes mit vielen Terminen und Konferenzen.*

Wir Steirer: Welche konkreten Herausforderungen bringt das Amt der Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres mit sich?

Kneissl: *Wie ich auch in meiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gesagt habe: Entscheidend ist nicht das in Konferenzsälen Gesagte, sondern, dass es auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Internationale Organisationen lassen oft Effektivität vermissen. Deswegen bemühe ich mich darum, unsere bilateralen Beziehungen zu wichtigen Staaten wieder zu stärken. In kleinen Runden kommen leichter Gespräche und operative Ergebnisse zustande.*

Noch nie zuvor hat ein westlicher Politiker in der UNO-Generalversammlung eine Rede auf Arabisch gehalten.

Wir Steirer: Ihre Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York im September dieses Jahres verblüffte nicht nur die Anwesenden – wie haben Sie persönlich die Reaktionen wahrgenommen?

Kneissl: *Für mich war es eine Selbstverständlichkeit, meine Rede in möglichst vielen UNO-Sprachen zu halten. Aus vielen Teilen der Welt und von ganz unterschiedlichen Personen habe ich positive Reaktionen darauf erhalten. Von vielen Menschen aus der arabischen Welt wurde ich direkt darauf angesprochen: „Sie haben uns unsere Würde zurückgegeben." Noch nie zuvor hat ein westlicher Politiker in der UNO-Generalversammlung eine Rede auf Arabisch gehalten. In Algerien entstand sogar eine öffentliche Debatte darüber, wie es sein könne, dass der algerische Außenminister seine Rede auf Französisch hält, wo doch die österreichische Außenministerin Arabisch gesprochen hat!*

Wir Steirer: Sie gingen in der Rede unter anderem auf das Thema der Diskriminierung von Frauen ein. Welche Akzente setzen Sie hier?

Kneissl: *Ein besonderes Anliegen ist mir der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung FGM (female genital mutilation). Diese barbarische Praxis führt in vielen Teilen der Welt zu enormem Leid. Mir ist es wichtig, den betroffenen Frauen und Mädchen zu helfen und ihnen ihre Würde wieder zu geben. Bisher war dieses Thema ein Tabu, aber durch Migration ist die weibliche Genitalverstümmelung sogar in Österreich zum Problem geworden. Hier müssen wir entschieden gegensteuern. Wir machen dazu konkrete Projekte, sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit, als auch in der Integrationspolitik.*

Durch Migration ist die weibliche Genitalverstümmelung sogar in Österreich zum Problem geworden.

Wir Steirer: Wie gestaltete sich das Treffen der EU-Außenminister in Wien im Rahmen des österreichischen Ratsvorsitzes?

Kneissl: *Wir konnten in sehr guter Atmosphäre Schwerpunktthemen unserer Außenpolitik diskutieren, wie zum Beispiel die Heranführung der Staaten Südosteuropas an die Europäische Union – diese Länder sind ein Teil Europas. Wir müssen sie in die EU bringen, bevor außereuropäische Mächte hier zu stark an Einfluss gewinnen. Genauso wichtig waren die*

ssl

Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres

Foto: BKA Fotoservice - Bundeskanzleramt

Beratungen über die Lage in den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Osten – wie können wir in verfahrenen Situationen, wie in Syrien, wie im Jemen, wieder politische Verhandlungen in Gang setzen und uns humanitär engagieren? Hier ist Europa viel stärker gefordert. Wir dürfen hier nicht nur anderen zuschauen. Stabilität im Nahen Osten und natürlich auch in Nordafrika, ist entscheidend für unsere Sicherheit. Wir haben an den Migrationsströmen des Jahres 2015 gesehen, was hier passieren kann und welche negativen Auswirkungen die Entwicklungen in diesen Regionen auf Österreich haben können.

Wir Steirer: Als erstes Land der Balkanregion besuchten Sie im Februar Bosnien und Herzegowina. Was fasziniert Sie an diesem Land besonders?

Kneissl: *Bosnien und Herzegowina habe ich bewusst als erstes Land der Region gewählt. Es liegt mir aufgrund seiner Verbindungen zu Österreich besonders am Herzen. Erster Programmpunkt war ein Besuch bei der EUFOR Mission Althea, für die unsere Soldaten – unter österreichischem Kommando der Mission – einen wichtigen Beitrag leisten. Ein spezielles Anliegen ist es mir, insbesondere in Bosnien und Herzegowina, aber auch in den übrigen Staaten Südosteuropas, notwendige Reformen einzufordern – gerade im Bereich der Rechtstaatlichkeit.*

Wir Steirer: Wo liegt Ihre inhaltliche Zielsetzung als Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres?

Kneissl: *Im Dezember 2017 habe ich mein Amt mit klaren persönlichen Schwerpunkten angetreten: Zunächst war es mir wichtig, die Beziehungen zur Türkei zu verbessern und eine neue Gesprächsbasis zwischen unseren beiden Staaten zu schaffen. Das ändert nichts daran, dass ich den EU-Beitritt der Türkei ablehne – das weiß auch mein türkisches Gegenüber. Trotzdem ist eine Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen wichtig. Der bislang schönste Erfolg war die Wiederaufnahme der österreichischen Ausgrabungen in Ephesos.*

Österreich setzt sich konsequent dafür ein, den Schutz der EU-Außengrenzen zu stärken.

Der Ausbau unserer Beziehungen mit den Staaten im Raum Asien-Pazifik ist ein weiterer Schwerpunkt. Gemeinsam mit Bundespräsident Van der Bellen fand bereits eine Reise nach China statt. In Chengdu haben wir ein neues Generalkonsulat eröffnet. Nächstes Jahr plane ich mehrere Reisen in den asiatischen Raum, unter anderem nach Indien. Einen dritten Schwerpunkt bildet der Dialog mit der Russischen Föderation. Die Bewahrung des Friedens in Europa ist nur mit Russland und nicht gegen Russland möglich. Auch hier geht es darum, miteinander im Gespräch zu bleiben und verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Das ist eine wichtige Grundvoraussetzung für erfolgreiche Diplomatie und entspricht der traditionsreichen Rolle der österreichischen Außenpolitik.

Die Bewahrung des Friedens in Europa ist nur mit Russland und nicht gegen Russland möglich.

Wir Steirer: Die Ablehnung des UN-Migrationspaktes wurde durch die breite Mehrheit der Bevölkerung goutiert und fand auch international Beachtung und Folgereaktionen. Wo sehen Sie essentielle Vorreiterrollen Österreichs im außenpolitischen Kontext?

Kneissl: *Österreich setzt sich konsequent dafür ein, den Schutz der EU-Außengrenzen zu stärken. Wie bei der Schließung der Balkanroute waren wir in dieser Frage unter den ersten Staaten, die auf effektiven Grenzschutz gepocht haben. Auch das Nein zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union wurde von Österreich aufgebracht – viele Staaten haben sich unserer Position angeschlossen.*

Wir Steirer: Welche Themenfelder, die es noch abzuarbeiten gilt, liegen Ihnen besonders am Herzen?

Kneissl: *Besonders der schon jahrelang andauernde Krieg im Jemen erfordert umgehendes Handeln. Europa schaut hier schon zu lange zu. Wir müssen uns politisch einbringen, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Außerdem ist ein Stopp der Lieferungen von Kriegsmaterial eine wesentliche Bedingung zur Beendigung des Krieges. Österreich liefert bereits seit 2015 kein Kriegsmaterial mehr an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.*

Wir werden auch unser humanitäres Engagement verstärken. Eine weitere Million Euro für Lebensmittelhilfe für die notleidende Zivilbevölkerung ist geplant. Auch ein Beitrag zu einer möglichen Lösung im Syrienkrieg zählt zu meinen Prioritäten. Dazu werden wir konkrete Initiativen, zum Beispiel im Bereich Entminung, setzen. Nur wenn die betroffenen Gebiete entmint werden und humanitäre Grundbedürfnisse erfüllt sind, wird eine Rückkehr der vielen Flüchtlinge möglich. Dafür müssen wir noch einiges tun.

Wir Steirer: Abschließend erlauben Sie uns noch die Frage nach Ihrem persönlichen Bezug zur Steiermark?

Als naturverbundener Mensch komme ich besonders gern in das „grüne Herz" Österreichs.

Kneissl: *Als naturverbundener Mensch komme ich besonders gern in das „grüne Herz" Österreichs. Zudem ist mein Mann Steirer und wir haben heuer im Sommer unsere Hochzeit in Gamlitz gefeiert.*

Wir Steirer: Herzlichen Dank für das Gespräch!

Islamisierung in heimischen und Schulen im Vormarsch

Radikalisierung bereits im Kindesalter

In seinem unlängst erschienenen Buch ***„Eure Gesetze interessieren uns nicht!"*** belegt der Investigativjournalist und Terrorismusexperte Shams Ul-Haq, dass die Radikalisierung schon im Kindesalter beginnt. Radikal-islamische Imame sollen im Rahmen des Koranunterrichts bereits bei Kleinkindern fundamentalistisches Gedankengut verbreiten. Während seiner sechsmonatigen Undercover-Recherche in Graz fand er heraus, dass Graz zu einem der gefährlichsten Hotspots für islamischen Fundamentalismus in Europa zählt.

> „Insgesamt zählt Graz unter Experten zu einem der gefährlichsten Hotspots für islamischen Fundamentalismus in Europa."
> (Zitat aus dem Buch „Eure Gesetze interessieren uns nicht!", S. 18)

Ul-Haq schildert in seinem Buch, dass Kindern in Grazer Moscheen ein radikaler Islam vermittelt wird und diese bereits in einem Alter ab zwei Jahren derart fundamentalistischen Thesen ausgesetzt werden. So beschreibt er etwa, dass schon junge Mädchen und Buben – getrennt voneinander – den Islam- und Koranunterricht besuchen (müssen) und ihnen dieselben Inhalte vermittelt werden wie Erwachsenen. Kindern wird beispielsweise erklärt, dass es ihre Pflicht als gläubige Muslime ist, alle Ungläubigen zu bekämpfen, denn nur so käme man auch ins Paradies. Welche Wirkung so etwas auf ein Kind hat, kann man sich vorstellen. Mädchen und Jungen bekommen in diesen radikal-islamischen Moscheen ein fundamentalistisches Weltbild vermittelt, das sich nur schwer mit dem österreichischen Gesetz in Einklang bringen lässt, so Ul-Haq. Seine Rechercheergebnisse belegen eindeutig, dass Kinder im Rahmen des Koranunterrichts indoktriniert werden. Die Umtriebe in Grazer Moscheen wirken sich damit bereits auf die Kleinsten unserer Gesellschaft aus.

> „Tatsächlich jedoch befindet sich in der steirischen Hauptstadt die höchste Konzentration radikalislamischer Imame, die systematisch – bereits bei Kleinkindern – fundamentalistisches Gedankengut verbreiten."
> (Zitat Seite 18)

Schrittweise Unterwanderung unseres Wertesystems

Durch den hohen Ausländeranteil bzw. die steigende Anzahl vor allem muslimischer Kinder in den steirischen Pflichtschulen und Kindergärten findet eine schrittweise Unterwanderung unseres Wertesystems statt. Die Auswüchse des politischen Islam spiegeln sich nicht nur in Schulen wider, sondern reichen erschreckenderweise bis in den Kindergarten. In Betreuungseinrichtungen mit einem hohen Anteil an Kindern nichtdeutscher Muttersprache ist es häufig der Fall, dass in

Kindergärten

den Betreuungsstunden nicht Deutsch, sondern die jeweilige Fremdsprache gesprochen wird, um ebendiese Kinder zu „integrieren". Gemeinsam mit heimischen Kindern werden fremdsprachige Lieder einstudiert und Gedichte auswendig gelernt – ohne dass diese das „Gelernte" auch verstehen.

Steirischen Kindern wird gewissermaßen eine fremde Sprache aufoktroyiert. Ein aktueller Fall aus Graz, bei dem auch deutschsprachigen Kindergartenkindern ein türkischer bzw. bosnisch/kroatisch/serbischer Liedertext vorgelegt wurde (siehe Faksimile), bestätigt den enormen Handlungsbedarf.

Wertekodex als Mittel gegen den Kulturkampf im Klassenzimmer

Die von der Wiener Lehrerin Susanne Wiesinger unlängst aufgezeigten Missstände in heimischen Schulen verdeutlichen die massiven Problemstellungen, mit denen Pädagogen tagtäglich zu kämpfen haben. In ihrem Buch „Kulturkampf im Klassenzimmer" deckt sie schonungslos radikal-islamische Tendenzen in Österreichs Schulen auf.

Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind häufig großem Druck und Zwang ihrer teils streng gläubigen Eltern ausgesetzt und können sich oftmals nicht mit der österreichischen Kultur identifizieren. Dies behindert nicht nur den Spracherwerb, sondern erschwert auch den Umgang mit ihren Mitschülern und Lehrern erheblich. Die Folgen dieser streng gläubigen muslimischen Schülerschaft sind in vielen Bildungseinrichtungen schon deutlich zu spüren. Vor allem mit jungen Zuwanderern, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, häufen sich die Konflikte. Gewalt und Mobbing stehen an vielen heimischen Schulen bereits auf der Tagesordnung. Insbesondere zwischen den unterschiedlichen Religionen kommt es mitunter zu gewalttätigen Konflikten.

> „Da sitzen Mädchen und Jungen im Vorschulalter – getrennt voneinander – und der „Imam" – meist kein ausgebildeter Geistlicher, sondern ein Mitarbeiter der Moschee – erklärt ihnen, dass es ihre Pflicht als gläubige Muslime ist, alle Ungläubigen zu bekämpfen, denn nur so käme man auch ins Paradies."
> (Zitat Seite 21)

Aufgrund der gravierenden Probleme in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen soll an sämtlichen steirischen Schulen und Kindergärten ein verbindlicher Wertekodex mit klaren Regeln etabliert werden. Das Regelwerk soll Werte, Normen und gesellschaftliche Grundsätze umfassen, die es in Österreich schlichtweg zu beachten gilt. Um zu verhindern, dass unsere Kultur und Werte infolge des hohen Migrantenanteils in den Hintergrund gedrängt werden, müssen diese auch Kindern mit anderen Nationalitäten beigebracht werden.

Ziel ist es, bestimmte Verhaltensregeln, wie sie in Österreich gelebt werden, festzuschreiben, um ein geregeltes und respektvolles Miteinander in steirischen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. Ausländische Schüler müssen angehalten werden, sich bestmöglich in unser Wertesystem einzugliedern, damit das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindert wird.

> „Wir können davon ausgehen, dass die Mädchen und Jungen in diesen radikal-islamischen Moscheen ein fundamentalistisches Weltbild vermittelt bekommen, das sich nur schwer mit dem österreichischen Gesetz in Einklang bringen lässt."
> (Zitat Seite 39)

Kommentar

LAbg. Mag. Stefan Hermann, MBL

(Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs)

Die Hinweise auf den in den letzten Jahren stattgefundenen religiösen Wandel und die Überhandnahme des Islam in heimischen Schulen sind nicht mehr zu übersehen. Es ist erschreckend, dass Kinder aus muslimischen Familien im Koranunterricht oftmals mit radikalen Theorien konfrontiert werden.

Die Tatsache, dass Mädchen und Buben bereits im Kleinkindalter im Koranunterricht indoktriniert werden, stellt eine nicht zu vernachlässigende Bedrohung für die christlich-abendländisch geprägte Gesellschaftsordnung in Österreich dar. Hier darf die Politik nicht länger wegsehen! Die Freiheitlichen haben den dringenden Handlungsbedarf erkannt und fordern daher Grundregeln für ein friedvolles und sicheres Zusammenleben auf Augenhöhe, welche in einem sogenannten Wertekodex festgeschrieben werden sollen.

Die beiden unlängst veröffentlichten Bücher sowie zahlreiche Meldungen aus Schulen unterstreichen das Ergebnis einer völlig verfehlten Zuwanderungspolitik unter früheren roten Bundeskanzlern. Die türkis-blaue Bundesregierung ist nun jedenfalls am richtigen Weg, diese Verfehlungen zu korrigieren.

Neben dem konsequenten Vorgehen der Bundesregierung, insbesondere von Innenminister Herbert Kickl, braucht es allerdings auch auf Landesebene effektive Begleitmaßnahmen. Die schwarz-rote Landesregierung ist bisher offensichtlich nicht bereit, den Auswüchsen der zunehmenden Islamisierung und des radikalen Islam entschlossen entgegenzutreten, wodurch sie der schrittweisen Unterwanderung unseres Wertesystems freien Lauf lässt.

Mag. Stefan Hermann, MBL, Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

Die Kopf-in-den-Sand-Politik von SPÖ und ÖVP hat den Vormarsch des Islamismus erst möglich gemacht. Wir Freiheitliche treten hingegen ganz entschieden gegen radikal-islamische Tendenzen in der Grünen Mark auf.

Türkis-blau stoppt drohenden

Klares Nein zum UN-Migrationspakt

Österreichs Vorreiterrolle neben den USA und Ungarn bei der Begrenzung der Migrationsströme ist mittlerweile nicht mehr von der Hand zu weisen, denn die Liste jener Länder, die von einer Annahme des UN-Migrationspaktes Abstand nehmen, wird immer länger. Fakt ist, dass in besagtem Migrationspakt die Formulierung „Wir verpflichten uns“ über 40 Mal vorkommt und insofern die berechtigte Sorge herrscht, dass die von den Befürwortern vorgebrachte Unverbindlichkeit sehr schnell über die konkrete Anwendung der strittigen Punkte in Völkergewohnheitsrecht übergehen könnte, wodurch Österreichs Souveränität und die Hoheit über das Asyl- und Migrationswesen ausgehebelt werden würden. Der klaren Linie der türkis-blauen Bundesregierung ist es zu verdanken, dass ein solcher Fall in der Alpenrepublik niemals eintreten wird. Wer nach Österreich kommt, bestimmen auch künftig die Österreicher selbst!

Migration als Menschenrecht verhindert

Der UN-Migrationspakt (Global Compact for Migration) vom 11. Juli 2018 sieht insgesamt 23 Zielsetzungen vor, die den Umgang mit

Migrationsstrom!

Migranten betreffen. Viele Punkte davon sind inhaltlich abzulehnen und daher nicht zu unterstützen. Vor allem die Verwässerung von legaler und illegaler Zuwanderung ist nicht hinnehmbar.

Darüber hinaus galt es zu verhindern, dass Migration durch diesen Pakt zu einem Menschenrecht gemacht wird.

Auszüge aus der „unverbindlichen Vereinbarung“

„Wir verpflichten uns, sicherzustellen, dass alle Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus ihre Menschenrechte durch einen sicheren Zugang zu Grundleistungen wahrnehmen können.“

Mit anderen Worten bedeutet diese Ausführung zum Ziel 15 des Paktes eine unbeschränkte Zuwanderung in unser Sozialsystem.

„Wir haben gelernt, dass Migration ein bestimmendes Merkmal unserer globalisierten Welt ist, Gesellschaften innerhalb aller Regionen und über sie hinaus verbindet und alle unsere Länder zu Herkunfts-, Transit- und Zielländern macht.“

Dieses „gemeinsame Verständnis“ findet sich in der Präambel unter Punkt 10. Viele der unterzeichnenden Länder, wie beispielsweise Nordkorea oder Saudi-Arabien, werden jedoch niemals zu Zielländern werden.

„Migration war schon immer Teil der Menschheitsgeschichte, und wir erkennen an, dass sie in unserer globalisierten Welt eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung darstellt […].“

So wie in der Präambel unter Punkt 8 werden im gesamten Papier die negativen Auswirkungen der Migration völlig außer Acht gelassen.

Wolfgang Zanger, Nationalratsabgeordneter der FPÖ Steiermark

Kommentar
Wolfgang Zanger
(Nationalratsabgeordneter der FPÖ Steiermark)

Das Schein-Regelwerk „UN-Migrationspakt“ nicht zu unterschreiben, war für Österreich die beste Entscheidung, die eine Regierung hätte treffen können. Abgesehen davon, dass dadurch illegale Migration durch die Hintertür hätte legalisiert werden sollen, sind zahlreiche andere Punkte – wie zum Beispiel ein völlig aufgeweichter Familiennachzug – nicht mit der gelebten, türkis-blauen Zuwanderungspolitik in Einklang zu bringen.

Eine Vorreiterrolle beim „Nein“ zu diesem Migrationspakt, das bei vielen Gutmenschen und anderen linken Realitätsverweigerern bekanntlich zu einem Aufschrei geführt hat, nahm unser Nachbarland Ungarn gemeinsam mit den USA ein. Als eines der ersten Länder bezog unser Nachbar klar Position und erklärte, dass viele Punkte in diesem Papier den nationalstaatlichen Interessen Ungarns entgegenstehen würden.

Die Ungarn waren es auch, die die Dimensionen der Flüchtlingskrise 2015 als eine der Ersten erkannten und auch nicht zu feige oder zu gelähmt waren, eigenständig zu handeln. Aktiver Grenzschutz der Außengrenzen sei hier nur als Stichwort genannt. Und das tut Ungarn bis heute: National-souverän sichert es die Südgrenze ab und kappt somit nach wie vor eine Hauptader der so genannten „Balkan-Route“.

Das Totschweigen in sensiblen Bereichen wie jenem der Zuwanderung muss endlich aufgebrochen werden. Nationalstaatliche Interessen haben an erster Stelle zu stehen und wenn ein UN-Pakt den Österreichern nicht guttut, wird die türkis-blaue Bundesregierung diesen auch nicht unterzeichnen. Mut zur Heimat ist gefragt, denn auch wenn es sich viele blauäugige Weltverbesserer immer noch wünschen: Migration kann schließlich kein Menschenrecht werden!

Freiheitliche lassen steirisches Asylw durch Landesrechnungshof prüfen!

Kosten von rund einer Viertelmilliarde Euro allein in den Jahren 2013 bis 2017 für die Unterbringung von Asylwerbern beweisen dringenden Handlungsbedarf – die zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus wird dem Rechnungshof Antworten liefern müssen.

Die Ausgaben für das heimische Asylwesen beliefen sich im Jahr 2017 auf insgesamt 75 Millionen Euro, wie die Freiheitlichen mittels einer Anfrage an SPÖ-Asyllandesrätin Doris Kampus in Erfahrung bringen konnten. Insgesamt wurden exakt 74.843.807,78 Euro für die Grundversorgung von Asylwerbern aufgewandt, was im Vergleich zu 2016 zwar weniger ist, allerdings noch immer ein Dreifaches des Wertes von 2014 und ein Vierfaches von 2011 darstellt.

Die Ausgaben verwundern nicht, erhöhte Landesrätin Kampus doch ohne Not die Tagsätze für unbegleitete, minderjährige Fremde (UMF) und „verbesserte" den Betreuungsschlüssel, was damals mit einem Schlag zu Mehrkosten von rund drei Millionen Euro führte.

Angesichts dieser Summen, die möglicherweise nur die Spitze des Eisbergs darstellen, muss es verwundern, wie lasch die Dokumentations- und Kontrollpflichten sind, die den Betreibern von Asylheimen vom zuständigen Regierungsmitglied über die Verträge zur Unterbringung schutz- und hilfsbedürftiger Personen vorgegeben werden.

So gibt es in der Steiermark keine durchgängige Dokumentationspflicht über den gesamten Tag, Abwesenheiten sind lediglich tageweise auszuweisen. Wo sich der Asylwerber also über den Tag oder die Nacht aufhält, bleibt somit völlig offen.

Erst bei einer geplanten oder tatsächlichen Abwesenheit von mehr als drei Tagen ist das Land umgehend unter Angabe des Grundes zu informieren, unmittelbare Sanktionen sind jedoch keine vorgesehen.

Warum eine Anwesenheitsliste zudem nur ein Jahr aufzubewahren ist und damit eine nachträgliche Überprüfung eines Asyl- und Steuergeldmissbrauchs verunmöglicht wird, muss dringend geklärt werden.

esen

Dank der FPÖ wird sich nun der Landesrechnungshof mit der Thematik befassen. Gründe für eine Prüfung gibt es genug: Missstände bei den Rückersatzverfahren, abgelehnte Asylwerber, die weiterhin Taschengeld erhalten oder der jüngste Fall in Wien, wo offenbar Asylheimbetreiber zu Unrecht öffentliche Mittel für die Unterbringung von Asylanten erhielten. Ähnlich gelagerte Fälle können in der Steiermark nicht ausgeschlossen werden.

All dies rechtfertigt auf jeden Fall eine umfassende Nachbetrachtung der vergangenen Jahre. Österreichweit wird dies das erste Mal sein, dass nach der Asylkrise die Grundversorgung und damit die Betreuung von Asylwerbern von einem Rechnungshof in diesem Ausmaß geprüft wird.

Interview mit
LAbg. Marco Triller, BA
(Sozialsprecher der FPÖ Steiermark)

„Anstatt die Asylindustrie mit lukrativen Verträgen und Geldmitteln zu bedienen, muss heimisches Steuergeld wieder ausschließlich für bedürftige Steirer verwendet werden!"

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Der Landesrechnungshof soll nun die Grundversorgung in der Steiermark prüfen – den Freiheitlichen reicht es offensichtlich?

Triller: *Viel zu lange schon haben wir einer Asyllandesrätin zugesehen, wie sie ohne Not Asylanten über Gebühr und das gesetzlich notwendige Maß versorgt hat. Die Kosten von rund 252 Millionen Euro in nur vier Jahren sprechen für sich. Auch wenn die Maßnahmen der Bundesregierung die Kosten in diesem Bereich gesenkt haben und weiter senken werden, müssen die Sünden der Vergangenheit aufgearbeitet werden. Hier lassen wir die zuständige SPÖ und Landesrätin Doris Kampus nicht aus der Verantwortung.*

Wir Steirer: Viele Organisationen und Vereine profitieren von der Unterbringung von Asylwerbern. Soll auch in diesem Bereich der Rechnungshof aktiv werden?

Triller: *Es gilt jedenfalls, auch mögliche Zusammenhänge zwischen Akteuren aus Politik sowie Vereinen und Personen, die als Angestellte des Landes unmittelbar für die Grundversorgung zuständig sind und Verträge mit Quartierbetreibern aushandeln, abzuklären. So könnte man durchaus von Handlungsbedarf sprechen, wenn man sich so manchen Vereinsregisterauszug von Organisationen, die Flüchtlinge betreuen und damit Steuergeld erhalten, zu Gemüte führt.*

Wir Steirer: Mit welchem Ergebnis rechnen Sie?

Triller: *Sollte es zu etwaigen Malversationen gekommen sein, muss die verantwortliche Landesrätin dafür geradestehen. Als soziale Heimatpartei haben wir uns stets dafür eingesetzt, dass Steuermittel in erster Linie bei Österreichern und nicht bei Asylanten oder den Betreibern von Asylheimen landen. Anstatt die Asylindustrie mit lukrativen Verträgen und über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehenden Geldmitteln zu bedienen, muss heimisches Steuergeld endlich wieder ausschließlich für bedürftige Steirer verwendet werden.*

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Schwarz-rote Budgetpolitik aus der Kristallkugel

Wie der „Wir Steirer" bereits in der letzten Ausgabe berichtete, wird die schwarz-rote Landesregierung ihren Schuldenkurs bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode beharrlich fortsetzen. Als Konsequenz wird in den Jahren 2019 und 2020 ein budgetäres Defizit von rund 177 Millionen Euro zu Buche stehen. Ob die Neuverschuldung tatsächlich „nur" in dieser Höhe ausfallen wird, ist jedoch angesichts der Erfahrung der letzten Jahre mehr als fraglich.

Bei Budgetplanung kein glückliches Händchen

In ihren Finanzplanungen lag die selbsternannte „Zukunftspartnerschaft" jedenfalls bisher konsequent daneben: Im Dezember 2015 versprach man der Bevölkerung für das Jahr 2016 ein Defizit von 92 Millionen Euro, nicht einmal ein Jahr später musste der damalige Landesfinanzreferent und SPÖ-Chef Michael Schickhofer seine ursprüngliche Prognose auf rund 407(!) Millionen Euro Neuverschuldung mehr als vervierfachen. Auch in den kommenden Jahren bewies die Landesregierung wenig Planungsgeschick. Zur Ehrenrettung der schwarz-roten Finanzpolitik soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass man in den Jahren 2017 und 2018 das Defizit lediglich um 32,5 Millionen (auf 338 Millionen Euro) beziehungsweise um 39,4 Millionen Euro (auf 284 Millionen Euro) nach oben korrigieren musste. Als Ausfluss dieser Budgetpolitik werden Ende 2020 unvorstellbare 5,2 Milliarden Euro an Landesschulden zu Buche stehen.

In den Jahren 2019 und 2020 wird ein budgetäres Defizit von rund 177 Millionen Euro zu Buche stehen.

In ihren Finanzplanungen lag die selbsternannte „Zukunftspartnerschaft" bisher konsequent daneben.

Andere Länder, andere Budgetsitten

Die Landesregierung versuchte ihre defizitäre Politik stets mit gut klingenden Floskeln wie „Ankurbelung der Wirtschaft", „Schaffung von Arbeitsplätzen" oder wie zuletzt „Vernünftig haushalten – gezielt investieren" schönzureden. Doch so sehr ÖVP und SPÖ auch versuchen, die von ihnen systematisch fortgeführte Verschuldung des Landes als alternativlos darzustellen, so wenig gelingt es ihnen. Schließlich gibt es mittlerweile auf Bundesebene eine echte „Zukunftspartnerschaft", die der steirischen Landesregierung vor Augen führt, wie enkelfitte Budgetpolitik tatsächlich funktioniert. Aber auch auf Landesebene gibt es Vorbilder. So peilt die schwarz-blaue Koalition in Oberösterreich nach 2018 auch für das Jahr 2019 ein Nulldefizit an und belegt damit eindrucksvoll, dass vernünftig haushalten dank freiheitlicher Regierungsbeteiligung kein leeres Versprechen sein muss.

Jede fünfte AMS-Sperre betrifft einen Migranten!

Ausländer machen dem Arbeitsmarktservice überproportional oft Probleme

Gebetsmühlenartig betonen Vertreter allzu liberaler wirtschaftspolitischer Interessensgruppen, wie wichtig und notwendig die Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt sei. Zweifelsohne macht eine partielle und befristete Einsetzung von qualifizierten Ausländern in sogenannten Mangelberufen durchaus Sinn.

Es ist aber keineswegs eine großangelegte Lösungsalternative tausende Menschen aus aller Herren Länder nach Österreich zu holen, wovon ein Großteil gar nicht über die ausreichenden Ausbildungen und Anforderungen verfügt. Eine unlängst von den Freiheitlichen initiierte Anfrage an das AMS Steiermark hat gezeigt, dass vor allem bei Migranten aus Nicht-EU-Ländern überproportional oft das Arbeitslosengeld gekürzt wird, da sie sich arbeitsunwillig zeigen. Insgesamt wurde in den Jahren 2016 bis 2018 in 36.555 Fällen das Arbeitslosengeld gekürzt bzw. gesperrt. Von diesen 36.555 Fällen betrafen 7.912 Fälle Migranten. Das entspricht rund 22 Prozent. Jeder Fünfte, der das Arbeitslosengeld gekürzt bekommt, ist somit kein Österreicher.

Besonders erschreckend ist der Anstieg an AMS-Sperren im Bereich der Drittstaatsangehörigen (darunter auch viele Asylanten). So erhöhte sich der Anteil der Sperren von sonstigen Drittstaatsangehörigen in den letzten drei Jahren um 67 Prozent – Tendenz steigend.

Diese Zahlen belegen eindeutig, dass Massenzuwanderung unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Notwendigkeit nicht den erhofften Erfolg erzielt.

Vielmehr müssen alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um heimische Jugendliche wieder für die Fachkräftelaufbahn zu begeistern. Hierzu leistet die freiheitliche Sozialministerin mit der Neukonzeption von Lehrberufen einen wesentlichen Beitrag.

Interview mit
Hannes Amesbauer, BA
(Nationalratsabgeordneter der FPÖ Steiermark)

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter! Wie beurteilen Sie die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark?

Amesbauer: *Die rückläufige Arbeitslosigkeit ist sehr positiv. Dafür sind einerseits die fleißigen Unternehmer in diesem Land verantwortlich und andererseits schafft die türkis-blaue Bundesregierung auch vernünftige Rahmenbedingungen für die positive Entwicklung der heimischen Wirtschaft. Problematisch stellen sich jedoch auch hier die Folgen des Asylchaos dar. Tausende unqualifizierte Asylanten sind am Arbeitsmarkt schlicht nicht integrierbar.*

Wir Steirer: Es gibt immer wieder Stimmen aus linken Kreisen, dass junge Asylwerber unabhängig von ihrem fremdenrechtlichen Verfahren ihre Ausbildung fertigmachen sollten. Wie stehen Sie dazu?

Amesbauer: *Die fremdenrechtlichen Bestimmungen dürfen keinesfalls am Altar vermeintlicher Wirtschaftsinteressen geopfert werden. Wenn ein Asylbescheid negativ ausfällt, dann gehört die Person schnellstmöglich abgeschoben. Immerhin haben sich diese vermeintlichen Flüchtlinge dann über Monate hinweg illegal in Österreich aufgehalten. In solchen Fällen darf es kein Pardon geben.*

Wir Steirer: Sie können dem Argument, dass Flüchtlinge den Arbeitsmarkt bereichern, also recht wenig abgewinnen?

Amesbauer: *Der FPÖ Steiermark liegen Daten des AMS vor, die belegen, dass 76 Prozent der arbeitslosen Asylanten in der Grünen Mark über keinen bzw. nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Den Bürgern wird immer eingeredet, dass Asylanten aufgrund ihrer Ausbildung eine Bereicherung für unseren Arbeitsmarkt wären. Die Realität sieht jedoch völlig anders aus. Die einzige vernünftige Zukunftsperspektive für viele dieser Personen ist die schnellstmögliche Heimreise und kein kostenintensiver Integrationsversuch.*

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Leistbares Wohnen für alle

Der Gemeindebau hat in Österreich eine hundertjährige Tradition. Die Begrifflichkeit des klassischen Gemeindebaus entstand in Folge der inflationären Grundstückspreise nach dem ersten Weltkrieg. Die Gemeinde Wien erwarb damals eine Vielzahl an Grundstücken zu niedrigen Preisen und errichtete darauf – durch zweckgebundene Wohnbausteuer finanziert – leistbare Wohnungen, die nach einem Punktesystem vergeben und bevorzugt für einkommensschwache Familien sowie sozial bedürftige Gemeindebürger bereitgestellt wurden. Nennenswerte Bauwerke zeugen dieser Zeit und prägen bis heute das Stadtbild der Bundeshauptstadt Wien.

Attraktiver Wohnbau zu fairen Konditionen

Somit kann man historisch ableiten, dass der Schlüssel eines erfolgreichen Gemeindebaus aus drei wesentlichen Elementen besteht: Einerseits preiswert erworbenes Grundstückseigentum der Gemeinde, worauf andererseits – durch Steuergeld finanziert – günstiger und attraktiver Wohnraum geschaffen wird, der letztlich über faire Zuweisungsrichtlinien gesteuert, bevorzugt bedürftigen Gemeindebürgern zugutekommt. Leider weicht die Praxis vom Ideal ab. So sind heutzutage kaum noch Grundstücke im Eigentum der öffentlichen Hand. Daneben steigen die Baukosten zunehmend ins Unerschwingliche. Beides schlägt sich letztendlich in den Wohnkosten nieder und entspricht nicht dem ureigenen Sinn des leistbaren sozialen Wohnraums. Lösungsansätze zu denken und zu finden stellt eine anspruchsvolle Aufgabe dar, der sich die steirischen Freiheitlichen bereits seit vielen Jahren widmen.

Modernes Stadt-Wohnen durch blauen Bürgermeister-Stellvertreter

Ein wesentlicher Beitrag zur Attraktivierung und Modernisierung des Gemeindewohnbaus kann unmittelbar über entsprechende Zuweisungskriterien erzeugt werden. Mit der Übernahme der Wohnbauagenden durch den freiheitlichen Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio im Februar 2017 konnte dem gewachsenen Ungleichgewicht der letzten 15 Jahre Rechnung getragen und die Vergaberichtlinien für Gemeindewohnungen der Landeshauptstadt Graz an die modernen Anforderungen angeglichen werden. Mit dieser Anpassung wird vorgezeigt, dass eine Entwicklung vom sozialen Gemeindebau in Form einer Armutsverwaltung – wie es die KPÖ jahrelang praktizierte – hin zu einem modernen Stadt-Wohnen durchwegs möglich ist.

Ferner wurde die Hauptwohnsitz-Mindestdauer sowie die Dauer der Berufstätigkeit von jeweils einem auf je fünf Jahre erhöht und für Asylberechtigte erst ab dem Zeitpunkt eines Daueraufenthaltsstatus der Zutritt zum Gemeindewohnung-Vormerksystem ermöglicht. Dadurch wurde leistbares Stadt-Wohnen für große Teile der Bevölkerung geöffnet und zudem nicht nur die Wartezeit um bis zu drei Viertel verkürzt,

Steirer

sondern ebenso die Zahl der Wohnungswerber von 2.000 auf 850 reduziert. Die wenigsten Steirer wissen, dass man bereits mit einem Nettoeinkommen von 27.000 Euro jährlich (was ungefähr einem Monatsnettoeinkommen von 1.890 Euro entspricht) in den Genuss einer geförderten Gemeindewohnung kommt.

Faire Zuweisungsregeln für unsere Steirer

Die Freiheitlichen fordern daher eine steiermarkweit einheitliche Vergaberichtlinie im Bereich der Zuweisung von gemeinnützigem Wohnraum nach dem Modell der Landeshauptstadt. So kann, wie in Graz, leistbares Wohnen für die Steirer langfristig zur Verfügung gestellt werden. Zudem wird dadurch verhindert, dass Zuwanderer, die niemals in das System eingezahlt haben, gegenüber den sozial Schwachen unserer Gesellschaft bevorteilt werden. Am Beispiel Wohnen zeigt sich somit einmal mehr, dass freiheitliche Regierungsbeteiligung zum Vorteil der heimischen Bürger gereicht.

Interview mit
LAbg. DI Gerald Deutschmann
(Wohnbausprecher der FPÖ Steiermark)

„Der zunehmenden Zersiedelung und Bodenversiegelung muss entgegengewirkt und langfristig leistbarer Wohnraum für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft sichergestellt werden."

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Sie haben kürzlich im Rahmen einer Pressekonferenz etliche freiheitliche Anträge zum Thema Wohnbau vorgestellt, die von der Bevölkerung mit zahlreichen positiven Rückmeldungen aufgenommen wurden. Wie geht es nun weiter?

Deutschmann: *Die Rückmeldungen waren durchwegs positiv und es freut mich, mit diesen Initiativen auch den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend den Wohnbau in der Steiermark zu verbessern. Leider sehen das die Regierungsparteien nicht so. Alle Anträge aus dem Gemeindeausschuss wurden durch ÖVP und SPÖ zur Stellungnahme an die Fachabteilung geschickt und somit auf die lange Bank geschoben.*

Wir Steirer: Als Architekt haben Sie etliche Projekte vom Einfamilienhaus über Industriebauten bis hin zu großen Wohnanlagen realisiert. Wo sehen Sie aus dem Blickwinkel der Praxis im Bereich der Bauvorschriften Optimierungsbedarf?

Deutschmann: *Komplexe technische Vorgaben sowie Normen, Auflagen und teils überbordend umgesetzte EU-Richtlinien sind generelle Kostentreiber im Bauwesen. Zudem kommen teils fragwürdige Bestimmungen der ökologischen Wohnbauförderung, wie PVC-Verbot für Fenster und Türen. Gerade der soziale Wohnbau muss kostensparend ausgeführt werden um Bedürftigen leistbares Wohnen anbieten zu können. Daher fordern wir eine Evaluierung der anzuwendenden Bau-Normen gemeinsam mit Ziviltechnikern, Architekten und anderen Fachexperten aus Baurecht, Wohnbau und Raumordnung hinsichtlich deren Zweckmäßigkeit und Kosteneffizienz. Gold-Plating hat im Gemeinde-Wohnbau nichts verloren!*

Wir Steirer: Welche Punkte gehören Ihrer Meinung nach im Gemeindebau umgesetzt, um leistbares Wohnen in der Steiermark breitenwirksam zu ermöglichen?

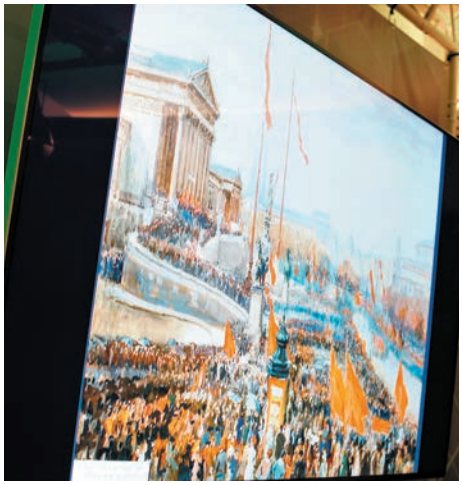
Deutschmann: *Wohnbau ist eine komplexe Materie und da müsste weit ausgeholt werden. Kurz gefasst können allerdings drei essentielle Punkte aufgezeigt werden: Primär muss bestehender Wohnraum umfassend saniert und attraktiviert werden – also erstens Sanierung vor Neubau. Zweitens muss im Raumordnungskonzept berücksichtigt werden, dass bei Umwidmungen verpflichtend Vorbehaltsflächen für den förderbaren Wohnbau vorgesehen werden. Somit wird der soziale Wohnbau den Grundstückspekulationen entzogen. Zudem muss ein Fördermodell ausgearbeitet werden, welches für die Umsetzung flächensparender und kompakter Bauformen wie zum Beispiel Reihenhäuser oder Geschossbau deutliche finanzielle Anreize schafft – also drittens ein zielsicheres Fördermodell. Mit der Setzung dieser Maßnahmen könnte der zunehmenden Zersiedelung sowie der steigenden Bodenversiegelung entgegengewirkt und langfristig leistbarer Wohnraum für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft sichergestellt werden.*

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

100 Jahre Republik Deutschösterreich

Herausgeber Mag. Dvorak-Stocker, ao. Univ.-Prof. Dr. Neschwara und Vorsitzender Dr. Kurzmann.

Fast auf den Jahrestag der Republiksgründung genau führte das „Kulturforum Steiermark" im November im Grazer Landhaus eine Gedenkveranstaltung durch. Prominenter Gastredner war der ao. Univ.-Prof. Dr. Christian Neschwara von der Universität Wien, der mit Bild- und Tondokumenten die Ereignisse jener Tage eindrucksvoll in Erinnerung rief. Der Rechtshistoriker hob die hohe Übereinstimmung zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten bei der Wahl der Staatsform hervor und wies besonders auf die Rolle Franz Dinghofers bei der öffentlichen Ausrufung der Republik sowie auf die historischen Verdienste der sudetendeutschen Abgeordneten hin. Mag. Wolfgang Dvorak-Stocker stellte im Anschluss den im Ares-Verlag neu erschienenen Band „100 Jahre Republik Österreich - Die Provisorische Nationalversammlung und ihre Rolle bei der Entstehung der Republik Deutschösterreich" vor.



Historisches Gemälde mit Parlamentsgebäude und Menschenmenge vom 12. November 1918.

Der kulturelle Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ORF) in der Steiermark

Das Kulturforum Steiermark und sein Vorsitzender Dr. Gerhard Kurzmann laden ein zum Vortrag von:

Dienstag, 22. Jänner 2019 | 19:00 Uhr
Steiermärkisches Landesarchiv | 1. Stock
Wartingersaal | Karmeliterplatz 3 | 8010 Graz

Anmeldung bis 18. Jänner 2019 unter
info@kulturforum-steiermark.at oder 0316 - 877 5311

Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, dass Sie mit der Teilnahme an der Veranstaltung für Foto-, Ton- und Filmaufnahmen, die im Rahmen der Veranstaltung entstehen, Ihre Zustimmung erteilen.

Kultur Forum Steiermark

Gerhard Draxler
Landesdirektor des ORF Steiermark

Geboren 1952 in Knittelfeld, Sport- und Anglistikstudium an der Universität Graz.1977 „Kronen Zeitung", 1984 Leitung des Ressorts Politik und Wirtschaft. 1989 Wechsel in den „Aktuellen Dienst" des ORF-Landesstudios Steiermark, 1991 Leiter desselben und 1994 stv. Landesintendant. 1998 bis 2002 Landesintendant des ORF-Landesstudios Kärnten, Februar 2002 ORF-Informationsdirektor. Seit 2006 Landesdirektor des Landesstudios Steiermark.

Der 3. LT-Präsident gratuliert Dr. Obersteiner und dem Team des Landesarchivs zu den hervorragenden Leistungen dieser Institution.

150 Jahre Steiermärkisches Landesarchiv

Am 19. November feierte das Steiermärkische Landesarchiv sein 150. Bestandsjubiläum. Der Leiter des Archivs Mag. Dr. Gernot Obersteiner bezeichnete diese wichtige Einrichtung in seiner Grußadresse als das „Gedächtnis der Steiermark", das mit seinen Beständen das größte Landesarchiv in den Bundesländern sei.

LH Hermann Schützenhöfer wies im bis auf den letzten Platz besetzten Wartingersaal auf die große kulturpolitische Bedeutung des Landesarchivs hin.

Denkmal für Trümmerfrauen

Foto: Deutsche Fotothek / wikimedia.org

Im September forderten die Freiheitlichen die Aufstellung eines Denkmals für die Trümmerfrauen in der steirischen Landeshauptstadt und brachten einen entsprechenden Antrag ein. Es gilt auch jenen Frauen zu gedenken, die mit bloßen Händen ihre Heimat vom Schutt und den Trümmern des Krieges befreiten. Die Landesregierung war jedoch leider nicht bereit, einen Standort und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Landhaus-Geflüster

Es war nicht das erste Mal, dass Landtagspräsidentin Bettina Vollath wegen ihrer Vorsitzführung öffentlich in die Kritik geriet. Zuletzt ließ sie im November den Untergriff des grünen Abgeordneten Schönleitner ungeahndet, der den italienischen Innenminister Matteo Salvini wörtlich als „lupenreinen Faschisten" bezeichnet hatte.

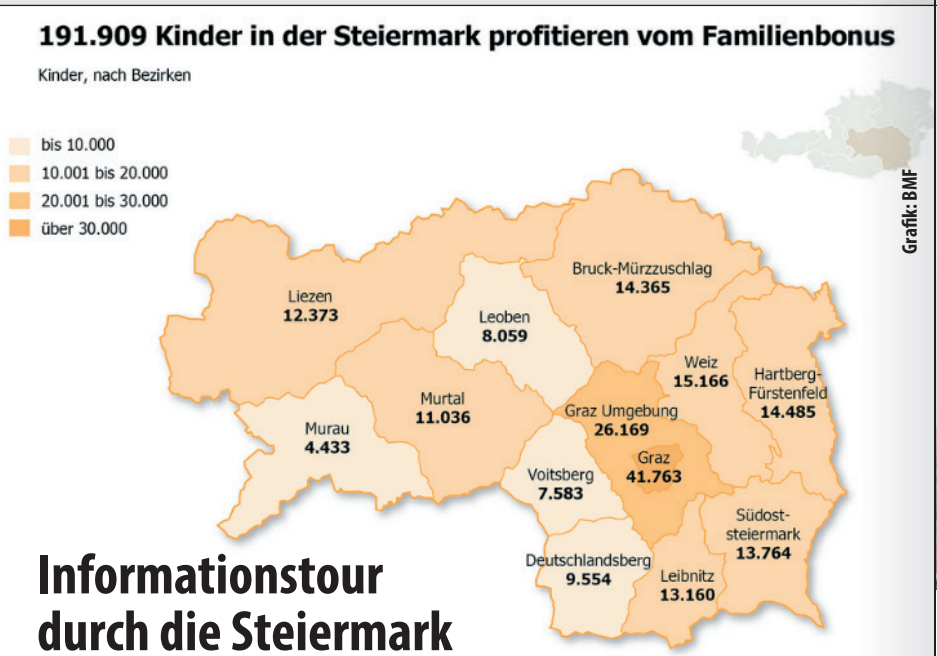
Zu Recht meinte der freiheitliche EU-Abgeordnete Georg Mayer sofort, er vermute, Vollath befinde sich schon im EU-Wahlkampf. Der freiheitliche Klubobmann Stefan Hermann attestierte ihr gar öffentlich „auf dem linken Auge blind zu sein".

Dass der Anführer des krisengebeutelten und ums politische Überleben kämpfenden Grün-Grüppchens durch verbale Kraftmeierei auffallen und polarisieren wollte, verwundert nicht.

Dass aber eine Parlamentarierin, die ins EU-Parlament einziehen möchte, Salvini nicht der „Lega Nord" zuordnen konnte, offenbart entweder eine erschreckende Unwissenheit oder peinliche Parteilichkeit. Beides sind keine guten Voraussetzungen für die Vertretung steirischer Interessen in Brüssel.

Wen wunderts, dass ein aufmerksamer Beobachter raunte: „Sie macht eine unglückliche Figur. In Brüssel wird das wenigstens nicht so auffallen."

Till E. Ulenspiegel



Informationstour durch die Steiermark zum Thema „Familienbonus“

Vergangenen Juli wurde das neue Familiensteuermodell von der türkis-blauen Bundesregierung im Nationalrat beschlossen. Der sogenannte „Familienbonus Plus“ ist ein Absetzbetrag in der Höhe von 1.500 Euro pro Kind und Jahr, den Familien ab 1. Jänner 2019 beanspruchen können. Ab einem Bruttoeinkommen von 1.750 Euro eines Elternteils kann dieser Bonus voll ausgeschöpft werden.

Das bedeutet, dass Eltern eine Steuerrückzahlung von 1.500 Euro für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr erhalten.

In der Steiermark werden von diesem Modell insgesamt 191.909 Kinder maßgeblich profitieren. Dies nahm FPÖ-Familiensprecherin LAbg. Hedwig Staller zum Anlass, eine Informationstour durch die steirischen Bezirke zu starten. Dabei konnte sie, gemeinsam mit freiheitlichen Funktionären aus den Bezirken, die Menschen über den Familienbonus informieren und viele interessante Gespräche führen. Die Resonanz aus der Bevölkerung war durchwegs positiv, was einmal mehr zeigt, welchen zentralen Stellenwert die Familien in der freiheitlichen Politik einnehmen.

LAbg. Hedwig Staller konnte bei zahlreichen Verteilaktionen über den „Familienbonus Plus“ informieren.

Stefan Hermann und Georg Mayer mit der freiheitlichen Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem!“.

NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem!

FPÖ-Klubobmann LAbg. Stefan Hermann und der steirische Abgeordnete zum Europäischen Parlament Georg Mayer starteten eine Pressetour durch die Steiermark mit dem Titel „NEIN zur EU-Maut!“. Dabei besuchten sie eine Reihe an steirischen Bezirken, um die gravierenden Auswirkungen des von der EU-Kommission geplanten Mautsystems aufzuzeigen.

Die Abschaffung der Mautvignetten für sämtliche Kraftfahrzeuge und die Einführung des kilometerabhängigen Systems würde vor allem die heimischen Pendler massiv belasten. Würde es tatsächlich zur Umsetzung gelangen, so müssten beispielsweise Pendler, die an angenommen 223 Arbeitstagen im Jahr von Leibnitz nach Graz fahren, mit jährlichen Mehrkosten von 914 Euro rechnen. Autofahrer, die zwischen Hartberg und Graz pendeln, würden infolge des Brüsseler Modells jedes Jahr sogar 1.572 Euro an Mehraufwendungen tragen müssen. Diese Zahlen basieren auf der vom ÖAMTC errechneten Annahme, dass sich ein derartiges Verrechnungssystem erst ab 5 Cent pro gefahrenen Kilometer auszahlen würde.

Die FPÖ hat sich daher von Beginn an massiv gegen das Vorhaben der EU-Kommission ausgesprochen und im Herbst eine entsprechende Petition initiiert, um dem Bürgerprotest gegen das Mautkonzept eine Stimme zu verleihen.

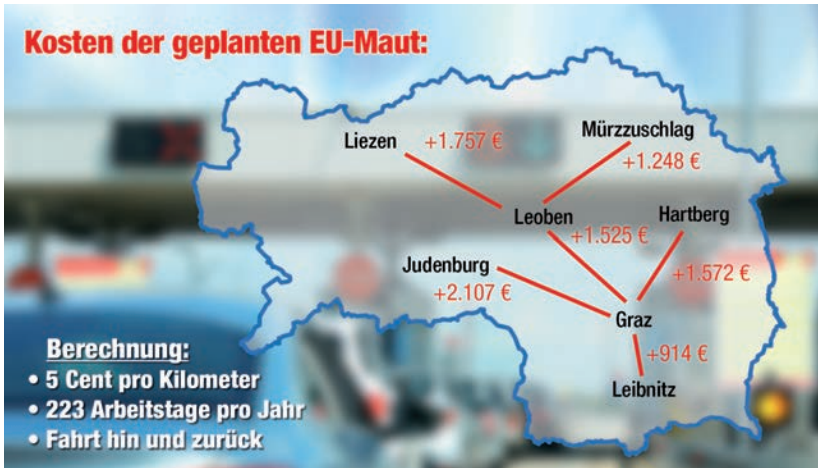
An das
Europäische Parlament
Vorsitz des Petitionsausschusses
c/o PETI Secretariat
Rue Wiertz 60
1047 Brussels
BELGIUM

Petition an das Parlament der Europäischen Union zur Verhinderung der Einführung eines europaweiten kilometerabhängigen Mautsystems

„NEIN zu einem kilometer-abhängigen EU-Mautsystem!“

Graz, am 25.09.2018

Im Gegensatz zu anderen Ländern erfolgt die Einhebung der **Autobahngebühr in Form einer Vignette** und nicht aufgrund der tatsächlich gefahrenen Strecken. Dieses System hat den massiven **Vorteil, dass Pendler dadurch entlastet werden** und folglich der ländliche Raum gestärkt wird. Entgegen dieser bewährten Regelung plant die EU-Kommission, ein europaweit einheitliches PKW- und LKW-Mautmodell zu etablieren.



Die **Höhe der Gebühr** für die Benützung der heimischen Autobahnen soll dann **von den tatsächlich gefahrenen Kilometern abhängig** sein. Die durch die Einführung eines derartigen Modells bedingten **Mehrkosten für die österreichischen Autofahrer** würden zweifelsohne **im Milliarden-Bereich** liegen. So bestätigte auch der ÖAMTC, dass sich ein derartiges Verrechnungssystem erst ab 5 Cent pro gefahrenen Kilometer auszahlen würde. Für tausende Pendler würden die Pläne der EU jährliche Mehrkosten von mehreren Hundert Euro bedeuten (siehe Grafik).

Die **Freiheitliche Partei** fühlt sich jedenfalls **den Interessen der heimischen Pendler verpflichtet** und hat sich daher von Beginn an gegen das Brüsseler Vorhaben ausgesprochen. Schließlich sind gerade in der ländlich geprägten Steiermark viele Menschen auf die tägliche Benützung der heimischen Autobahnen angewiesen, um zu ihren Arbeitsplätzen in den Ballungszentren zu pendeln. Die **Etablierung eines kilometerabhängigen Mautsystems** würde gerade diesen Teil der Bevölkerung treffen und die **Regionen** dadurch **massiv schwächen.**

Die Unterzeichner fordern daher eine Abkehr der EU-Kommission sowie der Mitglieder des Europäischen Parlaments von den Plänen, den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kilometerabhängige Mautsysteme aufzwingen zu wollen.

Name Erstunterzeichner	Nationalität	Ständiger Wohnsitz	Unterschrift
Mag. Stefan Hermann, MBL	Österreich	8073 Feldkirchen	

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die auf der Rückseite befindliche Datenschutzerklärung gelesen habe und erkläre meine Einwilligung zur Weiterverarbeitung meiner personenbezogenen Daten.

Unterschriftenliste zur Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem!“

Vor- und Nachname	Ort, PLZ	Unterschrift

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die Datenschutzerklärung gelesen habe und erkläre meine Einwilligung zur Weiterverarbeitung meiner personenbezogenen Daten.

Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem!“
Senden Sie die Unterschriftenlisten bitte per Post an folgende Adresse:
Freiheitlicher Landtagsklub Steiermark, Herrengasse 16/2, 8010 Graz

Datenschutzerklärung
Wir tragen eine hohe Verantwortung im Umgang mit Ihren besonders schützenswerten Daten zu politischen Einstellungen und Meinungen. Welche Daten wir erfassen und wie wir damit sicher umgehen, wollen wir Ihnen offen und nachvollziehbar erklären. Damit kommen wir unserer Informationspflicht bei der Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nach. Für Fragen und Auskünfte wenden Sie sich bitte an untenstehenden Verantwortlichen.

Name und Anschrift des Verantwortlichen
Freiheitlicher Landtagsklub Steiermark
Herrengasse 16/2, 8010 Graz
Tel.: +43 (0) 316 / 877 - 5311, Fax: +43 (0) 316 / 877 - 5330
E-Mail: ltk-fpoe@stmk.gv.at

Altersbestätigung
Ich bestätige hiermit, mindestens 14 Jahre alt zu sein. Ist der Betroffene jünger als 14 Jahre, hat dieser erst die Einwilligung seiner Eltern/Erziehungsberechtigten einzuholen, bevor dieser uns personenbezogene Daten zukommen lässt. Ohne diese Einwilligung ist die Angabe von personenbezogenen Daten untersagt. Falls ein minderjähriger Nutzer dennoch personenbezogene Daten zukommen lässt, wird die Verwendung dieser Daten sofort nach Kenntnis eingestellt.

Welche personenbezogenen Daten erfassen wir?
Name, Anschrift, Nationalität
Unterschriebene Petition mit Bezug zu einer Region

Wie verwenden wir ihre Daten?
Wir stellen eine unterschriebene Petition mit Name, Ort und Land dar und reichen diese abschließend an das Europäische Parlament weiter.

Wer kann was von Ihren Daten sehen und wie lange?
Petent: Als Petent muss der vollständige Namen, Anschrift sowie eine gültige E-Mail-Adresse angeben werden.
Unterstützer: Als Unterstützer einer Petition durch eine Unterschrift muss der vollständige Name sowie die vollständige Anschrift angegeben werden.
Petenten und Petitionsempfänger sehen von allen Unterstützerdaten, die Postleitzahl, den Ort sowie Straße und Hausnummer.
Unterstützer sehen von allen vor ihm unterschriebenen Unterstützerdaten, die Postleitzahl, den Ort sowie Straße und Hausnummer.
Nach der Übergabe der Petition ist der Petent verpflichtet, alle ihm zur Verfügung gestellten Unterschriftendaten zu vernichten.
Nach der Entscheidung über ein Petitionsanliegen ist der Petitionsempfänger verpflichtet, alle ihm zur Verfügung gestellten Unterschriftendaten zu vernichten.